



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

UKRAINE

Boykotte sind nichts Wert!

Deutschland ist sich einig. Von links bis rechts schreien alle auf, die Fußball-EM in der Ukraine müsse politisch boykottiert werden. Einige wollen gar nicht erst hinreisen. Sie wissen sich mit mehr als der Hälfte der deutschen Bevölkerung im Einklang. Andere – wie Uli Hoeneß und Amnesty International – rufen Sportler und ihre Verbandsfunktionäre auf, hinzufahren, aber „bei jeder geeigneten Gelegenheit öffentlich darauf hinzuweisen, dass die Haftbedingungen von Julia Timoschenko nicht akzeptabel sind. So weit, so traurig für alle, die sich auf ein neues, fröhliches und unbekümmertes Sommermärchen gefreut haben.

Kaum jemand fragt nach, wieso der deutsche Protest gerade jetzt und in dieser Form hoch kocht. Denn weder war Viktor Janukowitsch jemals ein lupenreiner Demokrat, noch hat er die Menschenrechte bis anhin auch nur annähernd in einer Weise respektiert, die europäischen Minimalstandards genügt.

Lange schon wäre es an der Zeit gewesen, dem ukrainischen Präsident Janukowitsch klar zu machen, dass Demokratie und Menschenrechte für Europäer unverzichtbar sind, um als politischer Gesprächs- oder wirtschaftlicher Handelspartner akzeptiert zu werden. Das hat man offensichtlich nicht mit dem notwendigen Nachdruck getan. Deshalb sind die Zustände in der Ukraine so miserabel, wie sie sich heute darstellen. Nun aber will man Verpasstes nachholen. Dabei setzt man auf die Karte des Boykotts. Obwohl es bei der Kritik an der Ukraine nicht um Sport geht. Sondern um Politik und Wirtschaft.

Die Fußball-EM bietet für deutsche Politiker(innen) offensichtlich eine symbolstarke Schaubühne. Dass sie gerne gespielt wird, ist kein Wunder. Denn sie ist für all' jene, die zum Boykott in der einen oder anderen Form aufrufen, ohne Kosten nutzbar. Man zeigt Herz und tut was. Das kann nie schaden, aber vielleicht für Sympathie beim Wähler sorgen. Wer zum Abseitsstehen oder Protest aufruft, kann sich medien- und damit öffentlichkeitswirksam als Hüter der Moral profilieren, ohne von den Konsequenzen direkt betroffen zu sein. Die Kosten tragen andere. Der Sport muss dann die Suppe auslöffeln, die letztlich die Politik eingebrockt hat.

Seit den antiken Wettkämpfen in Olympia ist der Sport immer wieder durch die Politik instrumentalisiert worden. In der Neuzeit wurden die Olympischen Spielen 1936 in Berlin von den Nazis zu Propagandazwecken missbraucht. In Melbourne 1956 fehlten Spanien, die Niederlande und die Schweiz aus Protest gegen die Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn und Ägypten, Libanon und der Irak wegen der Besetzung der Sinai-Halbinsel durch Israel. München 1972 wurde vom Terroranschlag gegen israelische Teilnehmer geschockt. In Moskau 1980 fehlte der Westen wegen des Einmarschs sowjetischer Truppen in Afghanistan, 1984 in Los Angeles blieb der Osten fern.

Mit mehr oder weniger Nuancen folgt das Verhaltensmuster der Instrumentalisierung des Sports für politische Zwecke einem festen Rhythmus. Erst werden sportliche Großanlässe an politische Brennpunkte vergeben. Die aktuellen Bei-

spiele der Olympischen Spiele an Peking 2008, der Fußball-WM 2010 an Südafrika und nun eben der Fußball-EM 2012 an die Ukraine folgen einer langen Tradition der Ping-Pong-Diplomatie. Erst macht man beim Auf- und Ausbau von Sportstätten und Infrastruktur mit. Kurz vor Beginn folgt eine moralische Empörungslawine über die politischen Missstände bei Demokratie und Menschenrechten. Nach der Schlussfeier und mit dem Ausschalten der medialen Scheinwerfer hat man seine moralische Schuldigkeit getan. Mit besserem Gewissen kann man dann getrost zum Alltag zurückkehren.

Heute weiß man, dass viel Symbolik wenig Wirkung zeigte. Faktisch änderte sich

durch Boykotte bei Demokratie und Menschenrechten kaum etwas. Eine vertiefte Analyse der Folgen von moralischen Aufrufen, politischen Embargos oder wirtschaftlichen Sanktionen macht ihr Scheitern deutlich. Bestenfalls sind marginale Verbesserungen erkennbar. Eine tiefgreifende politische Reaktion gab es in der Wirtschaftsgeschichte nur einmal. Im 13. Jahrhundert als der Vatikan Embargobrechern mit der Exkommunikation drohte. Sonst aber haben sich Boykotte immer als wenig taugliches Mittel erwiesen, um Moral und Verhalten von Diktatoren oder autoritären Herrschern zu verändern. Dafür gibt es viele Gründe. Die fehlenden oder lediglich geringen ökonomischen Kosten von auf beiden Seiten, dem Aufruf zum Boykott

und der Missachtung des Boykotts, spielen eine entscheidende Rolle.

Deshalb liegt auch die Folgerung auf der Hand, wie die deutsche Politik Viktor Janukowitsch zu Vernunft und Umkehr bringen kann: Wem es wirklich um Menschenrechte und Demokratie in der Ukraine geht, darf nicht den Sport vorschieben. Er muss zu Instrumenten greifen, die wirtschaftlich weh tun und den Autokraten unmittelbar ökonomisch treffen. Denn auch hier gilt: Was nichts kostet, ist nichts Wert.

Dieser Beitrag ist am 01. Mai 2012 auf www.stern.de erschienen.